- Es gilt das gesprochene Wort -

**Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,**

in dieser neuen Wahlperiode haben wir gleich zu Beginn mehrere „Premieren“:

1. Wir hatten gleich drei Kreistagsmitglieder mit einer sehr kurzen „Wahlzeit“,
2. wir sind jetzt erstmals 6 Fraktionen,
3. wir haben gleich 4 neue Vorsitzende und davon erstmals zwei Frauen (rot- grün hat zu mindestens diese Quote erfüllt)
und
4. wir haben einen Haushalt der nur „knapp“ als ausgeglichen beurteilt werden kann.

Jeder von Ihnen mag alles unterschiedlich bewerten, aber ich bin mir sicher bei dem letzten Punkt sind wir uns hier alle einig:

Wir haben eine katastrophale finanzielle Haushaltslage und wenig Hoffnung auf Besserung.

Der wirtschaftliche Einbruch in Deutschland wird offensichtlich:
Selbst wirtschaftsstarke Landkreise, Städte und Gemeinden kommen in eine finanzielle Schieflage, aus der sie sich nicht mehr aus eigener Kraft befreien können.

Was kommt vom Bund und Land auf uns zu?

Gibt es Hilfen in diesen schwierigen finanziellen Zeiten?

Wann: in 2010? 2011?

Ich erwarte keine Hilfe von der jetzigen Bundesregierung.

Die dubiosen Steuergeschenke im Rahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ sind Steuergeschenke zu Lasten der Kommunen.

Und was hilft es denn den Familien wenn sie finanziell etwas entlastet sind? Wenn beispielsweise gleichzeitig (wie auch schon im Kreis) über höhere Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen debattiert wird!

Die SPD Fraktion sieht die Möglichkeit die Elternbeiträge für die 35-Stunden-Betreuungswoche zu erhöhen als einen falschen Weg an.

Wir wollen doch ein Angebot schaffen, mit dem die Kinder möglichst frühzeitig in qualifizierte Einrichtungen kommen.

Ein gutes pädagogisches Programm braucht auch einen entsprechenden Zeitrahmen. Darüber hinaus sollten die Eltern doch flexible Betreuungszeiten vorfinden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Handicap im Kreis Warendorf darstellt.

Was bringen also ein paar Euro netto mehr den Familien, wenn gleichzeitig die Beiträge für öffentliche Schwimmbäder, Stadtbüchereien, Sportvereine, Ferienfreizeiten, Familienangebote ansteigen, weil die öffentliche Hand diese Angebote nicht mehr entsprechend finanzieren und subventionieren kann?

Und was ist, wenn sich die Kommunen diese Einrichtungen alle auf Dauer gar nicht mehr leisten können?

(Eine Kommune im Kreis bangt sogar um ihr Rathaus – zu mindest um das Gebäude)

Gleichzeitig verspricht die neue Bundesregierung Eltern ein Betreuungsgeld in Höhe von 150.-€, wenn sie ihre Kinder nicht in Tageseinrichtungen geben.

Das ist sowohl integrationspolitisch als auch bildungspolitisch ein großer Rückschritt.

Der Staat muss weiterhin in den Ausbau des frühkindlichen Bildungssystems investieren: Mehr Kindertagesstätten und Betreuungsangeboten damit alle Kinder eine gute Förderung – besonders was die Sprachförderung angeht - erhalten, insbesondere für die Kinder aus dem bildungsfernen Milieu - und nicht 1,5 Milliarden Euro Steuermittel „verschleudern“.

Ebenfalls als einen Rückschritt der neuen Bundesregierung kann bewertet werden, dass die Arbeitslosen ab Ende 2010 keine „Hilfe aus einer Hand“ mehr erhalten.

Konkret bedeutet das: Die Argen werden aufgelöst. Danach kümmert sich die Arbeitsagentur wieder um die Vermittlung von Arbeitslosen - und die Kommunen sind für flankierende soziale Leistungen zuständig.

Das ist nicht nur für die betroffenen Menschen katastrophal, sondern bedeutet auch für die Kommunen und den Kreis eine weitere finanzielle Belastung.

Zudem schrumpft gleichzeitig die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung im Bereich SGB II.

**„Fortschritt braucht den Schritt nach vorn, nicht zurück.“
(Zitat Münterfering)**

Vielleicht hilft die Landesregierung, indem sie endlich ausreichend Mittel für das „Kinderbildungsgesetz“ - kurz „KiBiZ“ zur Verfügung stellt, damit die Qualität in den Tageseinrichtungen, insbesondere bei den Kinder unter drei Jahren, gesichert werden kann, damit Erzieherinnen und Erzieher adäquat bezahlt und ausgebildet werden können und damit der Zugang zur Bildung beitragsfrei wird.

Oder sie hilft mit dem neuen Gemeindefinanzierungsgesetz, das die Kommunen angeblich finanziell entlasten anstatt belasten soll?

Ich befürchte, dass wir uns selber helfen müssen!

Die finanziellen kommunalpolitischen Spielräume sind eng und selbst mit viel Optimismus sehen die Aussichten für 2010/2011 nicht besser aus.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich verantwortungsbewusst an der Konsolidierung beteiligen, dabei gilt insbesondere:

- oberste Prämisse: Keine weiteren Belastungen der Kommunen
- sparsame Haushaltsführung ohne Qualitätsverlust bei der Aufgabenwahrnehmung
- Einsparungen auf einer Grundlage von Aufgabenkritik bei den Pflichtaufgaben genauso wie bei den freiwilligen Aufgaben
- Nachhaltige Finanzpolitik, die künftige Generationen nicht belastet

Der Vorschlag der FDP-Kreistagsfraktion, in einem ihrer vielen Anträge, oder waren es jetzt Anfragen, irgendwie habe ich den Überblick verloren, 2% bei allem zu sparen oder mal eben 10 Mio. € weniger im sozialen Bereich auszugeben, halten wir für unseriös.

Wenn eingespart wird, muss man auch sagen, welche Aufgaben nicht mehr oder mit einem geringeren Standard erledigt werden sollen.

Wir haben uns dazu in der letzten Woche im Kreisausschuss über die Rahmenbedingungen einer Konsolidierung interfraktionell verständigt.

Und ich denke das ist der richtige Weg.

Die SPD wird aber an den aus ihrer Sicht sozialpolitisch wichtigen Aufgabenstellungen festhalten:

- Tagesbetreuungseinrichtungen für Kinder weiter systematisch ausbauen, vor allem was die Angebote für unter Dreijährige angeht. Und die in den letzten vier Jahren vom Kreis aufbrachten 3,9 Mio. Euro sind hier richtig und zwingend notwendig investiert worden.

- Migration muss eine Kernaufgabe in der Jugendhilfe sein. Von der Geburt über die Kita, von der Hausaufgabenbetreuung bis zur Sozialarbeit – der Kreis Warendorf muss Zuwandererkinder noch stärker fördern.
- Bildung muss allen Kindern - egal welcher Herkunft - von Anfang an kostenfrei zugänglich sein.

Liebe Kollegen und Kolleginnen des Kreistages;

der größte Anteil des Kreishaushaltes sind die Sozial- und Jugendhilfeausgaben (über 70 %) und die Ausgaben für das Personal, das dafür sorgt, dass das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird und die Hilfe dort greift, wo sie benötigt wird.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten steigen die Sozialausgaben. Immer. Das ist der Sinn dieser Ausgaben. Sie sollen dort helfen wo man sich nicht selbst helfen kann.

Für die SPD gilt insbesondere - nicht nur in diesen Krisenzeiten – die folgende Reihenfolge:

- Vorbeugen anstatt Nachsorgen
- Prävention anstatt Intervention
- Integration anstatt Wiedereingliederung

Darum auch der Antrag der SPD zur Verbraucherberatung im nördlichen Kreis Warendorf:

Durch frühzeitige Beratung
das Vermeiden von Schulden,

vermeidet eine Schuldnerberatung
vermeidet Sozialhilfeausgaben!

Darum begrüßen wir den Vertrag, der uns im Kreis Warendorf drei
Pflegestützpunkte zusichert und das hervorragende Konzept der „KAA -
Pflege- und Wohnberatung “ in Ahlen mit einbezieht.

Wir haben in Zukunft - und diese Zukunft hat bereits begonnen -
wichtige Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen,
die mit der Veränderung unserer gesellschaftlichen Strukturen
- mit dem demografischen Wandel - zu tun haben
und das unter den derzeitigen schlechten finanziellen Rahmenbedingungen:

Steigende Ausgaben für den Bereich der „ Hilfe zur Pflege“;
Steigende Ausgaben im Bereich der „Grundsicherung im Alter und bei
Erwerbsminderung“;
Steigende Ausgaben im Bereich der „Eingliederungshilfen“,
Steigende Ausgaben bei Anstieg der Bedarfsgemeinschaften im SGB II für
die Kosten der „Unterkunft und Heizung“.

Gleichzeitig müssen wir uns für die Zukunft gut aufstellen um
wettbewerbsfähig und leistungsstark zu bleiben und den Bürgerinnen und
Bürgern im Kreis Warendorf eine Perspektive zum leben, arbeiten und
wohlfühlen zu bieten.

Das bedeutet zukünftig richtig zu investieren:

- Im Bereich der Kinder- Jugend- und Familienförderung,
- Im Bereich der Schulen,

- Im Bereich unserer Wirtschaftsförderung - was die Investition in neue Technologien angeht, wie beispielsweise „Breitband“,
- Im Bereich des ÖPNV und Straßen- und Radwegausbau,
- Im Bereich WLE - unverzichtbar für die Infrastruktur im östlichen Münsterland,
- Im Bereich des Klima- und Umweltschutzes,
- Im Bereich der Kulturförderung.

Die Herausforderung in den nächsten Jahren ist, den "Spagat" zwischen „richtigem Sparen und richtigem Investieren“ zu schaffen.

Das wird unsere gemeinsame Aufgabe und unser Ziel im Kreistag sein.

Mit diesem Haushalt 2010 wurde die Aufgabenstellung des Kreises sichergestellt, die finanziellen Reserven aufgebraucht, damit die Kreisumlage mit einem Anstieg um 2% für die Kommunen noch verträglich bleibt.

Daher findet der Haushalt im Ergebnis die Zustimmung der SPD Kreistagsfraktion.

Meine Damen und Herren liebe Kollegen und Kolleginnen im Kreistag,
sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,
geschätzte Presse,

„Solange man selbst redet, erfährt man nichts.“

und ***„... eine gute Rede ist eine Ansprache, die das Thema erschöpft, aber keineswegs die Zuhörer.“***

(Churchill)

Ich selbst habe es vorgeschlagen und will mich auch daran halten:

In 15 Minuten das Wichtigste aus Sicht der Sozialdemokraten

zum Haushalt 2010 zu sagen. Es bleibt an Ihnen zu beurteilen ob es mir gelungen ist.

Ich bedanke mich bei meinen Fraktionskollegen und Kolleginnen - bei diesen doch sehr schwierigen Haushaltsberatungen und jetzt noch mal bei der Neukonstituierung der Ausschüsse – für die unermüdliche Mitarbeit und Zusammenarbeit.

Ich bedanke mich beim Landrat und den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute „Zuarbeit“, insbesondere bei Herrn Dr. Funke, bei den anderen „Herren“ Fraktionsvorsitzenden und bei Cornelia Lindstedt für das konstruktive Miteinander, dass macht Hoffnung für eine weiterhin gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Jahreswechsel.